

Bitte am
23. Februar die
Stimme für ein
demokratisches
Deutschland
abgeben!

Für den Münchner Norden !

Jede und jeder muss die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde haben – auch in München, einer Stadt, die so schön ist, wenn man sie sich leisten kann. Ich bin **Philippa Sigl-Glückner**, 34 Jahre alt, Ökonomin und Leiterin der gemeinnützigen Denkfabrik „Dezernat Zukunft“. Bei der Bundestagswahl 2025 trete ich als SPD-Direkt-

Hilfe dafür sorgen, dass die guten Ideen Wirklichkeit werden – damit alle in unserer Stadt gut leben können.

Viele Menschen haben das Vertrauen verloren, dass Politik in ihrem Interesse funktioniert. Das ist gefährlich, denn das bietet radikalen Kräften mit vermeintlich einfachen Antworten eine Bühne.

Die sollten wir ihnen entziehen. Dafür brauchen wir bessere Antworten als bisher. Denn es stimmt ja: Die Politik hat zentrale Versprechen zu lange nicht eingelöst. Ein Beispiel ist die „Leistungsgesellschaft“, in der angeblich diejenigen belohnt werden, die hart arbeiten. In Wahrheit ist es sehr viel wahrscheinlicher, durch eine Erbschaft Wohlstand zu erreichen als durch den Schichtdienst in der Altenpflege oder die Gründung eines eigenen Betriebs. Auch der Bildungserfolg hängt in Deutschland stärker als in vielen anderen Ländern vom Elternhaus ab.

Wie aber können wir das besser machen? Diese Frage hat mich in den vergangenen Jahren beschäftigt. Heute bin ich sicher: Der entscheidende Hebel, um unsere gesellschaftlichen Ziele zu erreichen, ist das Geld. Denn aktuell sparen wir uns die Zukunft kaputt.

Oft wird behauptet, Deutschland gehe besonders sorgfältig mit Geld um, etwa dadurch, dass wir die Schuldenbremse im Grundgesetz einhielten. Oder eine Schuldenquote von 60 Prozent berücksichtigen – also nicht mehr Schulden haben als 60 Prozent unserer Wirtschaftskraft. Doch bei genauerem Hinsehen zeigt sich: Diese Regeln beruhen nicht auf wissenschaftlichen Grundlagen, sondern auf politischen Zufällen. So steht im Grundgesetz für die Schuldenbremse eine Obergrenze für die jährliche Verschuldung in Höhe von 0,35 Prozent der Wirtschaftskraft (des BIP). Diese Zahl klingt sehr präzise und wirkt wie das Er-

Bitte weiterlesen auf Seite 2



Foto: Fionn Große

kandidatin für den Wahlkreis München-Nord an. Bisher war ich keine Politikerin. Aber die Zeiten sind zu ernst. Es ist nicht länger ausreichend, Ideen für eine neue Finanzpolitik nur auszuarbeiten und dann darauf zu warten, dass sie von der Politik umgesetzt werden. Ich würde gerne mit Ihrer

Inhalt:

- » Parkraummanagement in Milbertshofen und im Olympiadorf Seite 3
- » Ruth Waldmann aus dem bayerischen Landtag Seite 4
- » Erststimme entscheidet für den Münchner Norden! Seite 5
- » Die SPD entlastet Millionen Seite 5
- » Sabine Jung aus dem Bezirksausschuss 11 Seite 6
- » Buchvorstellung "Gutes Geld" Seite 7
- » Impressum Seite 7
- » Simone Burger aus dem Rathaus Seite 8

gebnis wissenschaftlicher Berechnungen. Aber das ist sie nicht. Die Zahl ist das Ergebnis der Sturheit des früheren bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Im Jahr 2009, bei den Verhandlungen zur Schuldenbremse zwischen Bund und Ländern, sollten 0,5 Prozent zulässige Neuverschuldung zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Der Bund wollte erreichen, dass beide jeweils die Hälfte bekommen, also jeweils 0,25 Prozent. Da man aber immer etwas Verhandlungsspielraum braucht, eröffnete das Bundesfinanzministerium die Gespräche mit der Forderung, 0,35 Prozent für den Bund zu erhalten. Horst Seehofer saß auf der anderen Seite des Verhandlungstisches. Er wollte als erfolgreicher Ministerpräsident gesehen werden, der keine Schulden braucht. Und so überraschte er das Bundesfinanzministerium. Er bestand darauf, dass die Länder gar keinen Verschuldungsspielraum beanspruchten. Und er war erfolgreich. Damit blieb es für den Bund bei den 0,35 Prozent. Und für die Länder kam die „schwarze Null“ ins Grundgesetz – für sie gibt es gar keinen Verschuldungsspielraum. Und so steht nun eine Zahl im Grundgesetz, die eigentlich nicht mehr war als die Eröffnungsposition einer Verhandlung. Solche willkürlichen Regeln bestimmen heute unsere Finanzpolitik und verhindern dringend notwendige Investitionen des Staates.

Im Münchner Norden wird deutlich, was das praktisch bedeutet. Unsere Stadt wächst. Neue Unternehmen siedeln sich an, neue Beschäftigte ziehen nach München. Hinzu kommt, dass viele Geflüchtete hier ein zeitweiliges oder auch längerfristiges Zuhause gefunden haben. Bis zum Jahr 2040 soll der Münchner Norden 60.000 Einwohner mehr beheimaten. Es fehlt aber an bezahlbaren Wohnungen, an Kitas und Schulen sowie an einem gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr. All das gibt es nur mit mehr öffentlichen

Investitionen. Diese sind jedoch kaum möglich, weil die Schuldenbremse und die starre Schuldenquote den Handlungsspielraum des Staates massiv einschränken.

Ein Beispiel: Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft Münchner Wohnen könnte viel mehr bauen, da privaten Bauherren derzeit das Geld ausgeht. Doch die Landeshauptstadt hat die notwendigen Mittel gerade nicht und die Bundesregierung will sie nicht bereitstellen. Das ist ein großes Versäumnis, denn der Staat



Foto: Fionn Große

kann Kredite zu sehr günstigen Konditionen mit geringen Zinssätzen aufnehmen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Unterstützung für Kitas, Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, die Verteidigung oder auch die innere Sicherheit. Bundesweit gibt es für Kitas nur zwei Milliarden Euro, obwohl der tatsächliche Bedarf weitaus höher ist. Das Startchancenprogramm des Bundes für Brennpunktschulen unterstützt in München gerade einmal drei Schulen. Und auch für die U9 fehlt das Geld, weil die knappen Bundesmittel für den Verkehr schon anderswo aufgebraucht wurden.

Dabei sind Investitionen in Bildung und Infrastruktur nicht nur sozial notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll. Unterlassene Investitionen führen mit großer Sicherheit zu schlechteren Beschäftigungschancen für künftige Generationen. Sinkt die Beschäftigung, gehen Steuereinnah-

men zurück und die Ausgaben für Sozialhilfe steigen. Eine Finanzpolitik, die solche Investitionen verhindert, ist nicht nachhaltig, sondern kurzsichtig und verantwortungslos.

Deutschland braucht eine neue Finanzpolitik, die den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Wir müssen uns von starren Regeln lösen, die auf überholten Annahmen basieren. Stattdessen sollten wir vernünftige Abwägungen treffen. Für München bedeutet das: mehr Geld für Wohnungen, bessere Bildung und Integration und einen leistungsfähigen Nahverkehr. Investitionen kosten – aber nicht zu investieren ist noch viel teurer: Zuerst wirtschaftlich, dann gesellschaftlich. Denn wenn die Politik den Anspruch aufgibt, für alle ein gutes Leben ermöglichen zu wollen, haben die Radikalen eine Chance. Und genau das dürfen wir alle nicht zulassen. Deswegen bewerbe ich mich um das Direktmandat.

Die kommende Bundestagswahl ist von besonderer Bedeutung für den Münchner Norden. In der nächsten Legislaturperiode braucht es dringend eine einflussreiche Stimme in Berlin, die sicherstellt, dass Bundesmittel die klammen Münchner Kassen aufbessern

Dafür bitte ich um Ihre Stimme,

Ihre Philippa Sigl-Glöckner

Mehr Info,
bitte QR-Code scannen!



Parkraummanagement in Milbertshofen und im Olympiadorf

Seit einigen Jahren wird darüber diskutiert, ob im Olympiadorf ein Parkraummanagement eingeführt werden soll. Um ein Gebiet als Parklizenzgebiet auszuweisen, muss ein Stellplatzdefizit, bezogen auf die private Nutzung, nachweisbar sein.

Im August 2024 stellte das Mobilitätsreferat der Landeshauptstadt dem Bezirksausschuss Milbertshofen-Am Hart (BA 11) die ermittelten Stellplatzzahlen und die daraus möglichen Konsequenzen im gesamten Gebiet Milbertshofens vor. Ganz Milbertshofen, außer dem Olympiadorf, erfüllt die gesetzlichen Vorgaben für ein Parklizenzgebiet mit Bewohnerbevorrechtigung. Für die Gebiete außerhalb des Olympiadorfs hat der BA 11 der Maßnahme zugestimmt, das Olympiadorf wird in der Beschlussvorlage für den Stadtrat zunächst nicht betrachtet.

Im Olympiadorf konnte, nach den geltenden Berechnungsgrundlagen, kein Stellplatzmangel nachgewiesen werden. Dabei wurden zwei Zahlengrundlagen herangezogen, einmal die Zahlen eines vom Mobilitätsreferat beauftragten Planungsbüros und einmal die Stellplatzzahlen aus allen Teilungserklärungen (alle Stellplätze auf Privatgrund, privat und gewerblich), die den gemeldeten KfZ im olympischen Dorf gegenübergestellt wurden. Im ersten Fall wären demnach ca. 650 Stellplätze über Bedarf vorhanden, im zweiten Fall sogar ca. 1.000.

Das Mobilitätsreferat machte für das Olympiadorf daher den Vorschlag zu einer Parkraumbewirtschaftung ohne Bewohnerbevorrechtigung. Das würde in diesem Fall bedeuten, alle unterirdischen Straßen würden als Mischparkzone mit Parkscheibe gekennzeichnet, d. h. Bewohner*innen und Besucher*innen müssten tagsüber immer die erlaubten Zeiten ein-

stellen, nur nachts und an Sonn- und Feiertagen wäre das dann nicht nötig. Dieses Prozedere erschien uns keine Verbesserung gegenüber der derzeitigen Situation, daher lehnten wir diese Maßnahme im BA 11 ab.



*Brigitte Voit,
Co-Vorsitzende
des SPD-Ortsvereins Olympiadorf,
SPD-Fraktionssprecherin im BA 11*

Da im Olympiadorf auch nach unserer eigenen Erfahrung freie Parkplätze oft nur schwer zu finden sind, kam uns dieser hohe Stellplatzüberschuss seltsam vor. Deshalb hat die SPD-Fraktion federführend eine

Stellungnahme auf den Weg gebracht, mit der eine weitere Klärung erreicht werden soll, wie der Bedarf ermittelt wurde. Offen war aus unserer Sicht z.B., ob Firmenwagen berücksichtigt wurden,

wie die Parkplätze des Studierendenwerks genutzt werden, wie die Nutzung von BMW-Dienstleistern ins Gewicht fällt und wie viele private Stellplätze einer Wohnnutzung oder

einer gewerblichen Nutzung zugeordnet sind ...

In einer Vorab-Antwort hat das Mobilitätsreferat im Dezember 2024 erläutert, dass Firmenwagen in diesem Kontext nie berücksichtigt werden. Die weiteren Antworten stehen noch aus, da sie nicht aus vorhandenen Unterlagen der Landeshauptstadt beantwortet werden können.

Vor der aktuellen Datengrundlage bleibt aus Sicht des SPD Ortsvereins die Frage offen, was die beste Lösung für das Olympiadorf wäre. Würde ein Parklizenzgebiet mit Bewohner-Parkausweis, falls überhaupt je ein Defizit ermittelt werden kann, eine Verbesserung bringen? Jede*r Bewohner*in kann für sein Auto eine Lizenz beantragen, aber nicht, wenn man schon einen privaten Stellplatz/Garage hat. Auch mit der Lizenz gibt es kein Anrecht auf einen Parkplatz vor der Haustür, das Gebiet wäre genauso groß. Besucher*innen müssten immer zahlen. Doch besser eine Parkscheibenregelung und Abschnitte ohne Parkraummanagement? Es so belassen?

Die Datenerhebung hat auch gezeigt, dass einige Stellplätze noch frei sind und gemietet werden können, z. B. die Decks im Helene-Mayer-Ring. Einen Anspruch auf einen (fast??) kostenlosen Bewohner*innen Parkplatz gibt es nicht. Das Thema wird uns alle noch länger beschäftigen.



Ruth Waldmann aus dem bayerischen Landtag

Für eine bessere Unterstützung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen

In Bayern leben über 630.000 pflegebedürftige Menschen. Mehr als 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zuhause gepflegt. Pflegende Angehörige sind der größte wichtigste Pflegedienst unseres Landes. Sie übernehmen persönliche Verantwortung für eine eigentlich gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie stehen tagtäglich vor der Herausforderung, Beruf, Familie und Pflege miteinander vereinbaren. Und sie haben zusätzliche Kosten. Höchste Zeit, dass endlich Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige eingeführt werden und dass Pflegezeiten genauso bei der Rente angerechnet werden wie die Elternzeit.

Unsere Vorschläge liegen schon lange auf dem Tisch. Bisher hat die Bayerische Staatsregierung keinerlei Unterstützung dafür gezeigt.

Im Gegenteil: Ab 2026 kürzt sie das mit viel Selbstlob eingeführte Landespflegegeld von jährlich 1.000 € um die Hälfte.

Landespflegegeld für Bedürftige in voller Höhe erhalten

Das trifft vor allem Pflegebedürftige mit wenig Geld besonders hart. Zudem sendet die Halbierung des Landespflegegeldes, das laut CSU vor allem ein Zeichen der Wertschätzung sein sollte, ein fatales Signal an alle Pflegebedürftige und pflegenden Angehörigen in Bayern.

Deshalb fordern wir eine soziale Staffelung des Landespflegegeldes. Pflegebedürftige mit geringen finanziellen Mitteln sollen weiterhin 1.000 € Pflegegeld erhalten.

Im Stich lässt die Staatsregierung auch die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeheime. Sie müssen 2024 im Durchschnitt 2.814 € pro Monat (im ersten Jahr des Aufenthalts) an Eigenbeteiligung aufbringen. Das sind 914 € mehr als im Jahr 2019. Tendenz steigend.

Heimkosten: Eigenbeteiligung für Pflegebedürftige begrenzen.

Freistaat muss Investitions- und Ausbildungskosten übernehmen

Kostentreiber für die Heimbewohner*innen sind auch die sogenannten Investitionskosten, die den Bewohne-

rinnen und Bewohnern aufgebürdet werden (Bau, Renovierung, Anschaffung von Betten, Fahrzeugen etc.). Hinzu kommen die Kosten für die Ausbildung von Pflegekräften. Die Folge: Immer mehr Pflegebedürftige und ihre Angehörigen geraten an ihre finanzielle Belastungsgrenze.



Laut Gesetz sind aber die Bundesländer für die Vorhaltung einer ausreichenden pflegerischen Versorgungsstruktur verantwortlich, insbesondere für die Förderung von Investitionskosten.

Dieser Aufgabe muss der Freistaat Bayern endlich angemessen nachkommen. Das gilt auch für Ausbildungskosten. Pflegeausbildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die man nicht den Bedürftigen auferlegen sollte.

Unsere Forderung: Der Freistaat hat mindestens die Hälfte der Investitions- und die vollen Ausbildungskosten zu übernehmen, um die finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sofort um 500 € zu reduzieren. Das ist echte Wertschätzung und wirksame Hilfe!

Mit herzlichen Grüßen,
Ihre Ruth Waldmann, MdL

OLYMPIAWERK
HANDWERK & SERVICE IM OLYMPIADORF

VON DER KLEINSTEN REPARATUR BIS ZUR WOHNUNGSKOMPLETT-SANIERUNG

- ▶ Fenster sanieren/neu einbauen
- ▶ Einhalten des Denkmalschutzes
- ▶ Möbel nach Maß/ auch behindertengerecht
- ▶ Küchen ein- und ausbauen
- ▶ Wasserschäden beseitigen
- ▶ Boden verlegen aller Art
- ▶ Markisen und Rolläden
- ▶ Schlüsseldienst/Notöffnung

VON ÄNDERUNGSSCHNEIDEREI BIS ZUR SMART REPAIR WERKSTATT

- ▶ Annahme von Änderungsschneiderei, Textilreinigung und Schuhreparatur
- ▶ Beratung Einbruchsschutz
- ▶ E-Lastenrad Verleih
- ▶ Handwerkervermittlung
- ▶ Paketservice alle Lieferanten
- ▶ Paketshop/GLS
- ▶ Parkplatz-Sharing
- ▶ Smart Repair Werkstatt

SEIT 5 JAHREN IM OLYMPIADORF MIT ÜBER 25 JAHREN ERFAHRUNG

Helene-Mayer-Ring 15 • 80809 München • info@olympiawerk.de • Tel. (089) 35 09 59 00

Ihre Erststimme entscheidet für den Münchner Norden!

Ein neues Wahlrecht sorgt dafür, dass der Bundestag kleiner wird. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 630 festgelegt, das sind über 100 Abgeordnete weniger als bisher. Überhangs- und Ausgleichsmandate entfallen. Durch die nun festgelegte absolute Anzahl der Abgeordneten besteht aber die Gefahr, dass der Münchner Norden gar nicht mehr im Bundestag vertreten ist. Das passiert, wenn eine Partei in mehr Wahlkreisen direkt gewinnt, als sie tatsächlich Sitze im Bundestag über die Zweit-

stimme erhält. Dann gehen die schwächsten Wahlkreis-kandidaten dieser Partei leer aus. Der Münchner Norden war zuletzt der schwächste von der CSU errungene Direktwahlkreis in ganz Bayern. Damit ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass der Kandidat der CSU nicht in den Bundestag kommt, selbst wenn er die meisten Stimmen im Wahlkreis 216 München Nord hätte.

Nun sollte man nach den eigenen Werten und eigentlich nicht taktisch wählen. Aber

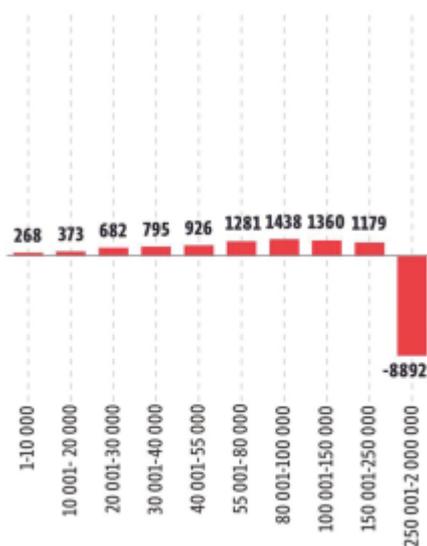
wenn Ihnen eine starke Wirtschaft, eine verlässliche Daseinsvorsorge und ein soziales Miteinander wichtig sind, können Sie mit der Erststimme guten Gewissens SPD wählen. Das würde dafür sorgen, dass der Münchener Norden auch weiterhin im Bundestag vertreten ist. Nehmen Sie also direkt Einfluss mit Ihrer Erststimme bei der Bundestagswahl am 23. Februar und schenken Sie ihr Vertrauen und ihre Erststimme Philippa Sigl-Glöckner. Das hilft uns allen.

Quelle: SZ Wochenendausgabe

JETZT AUCH OFFIZIELL BESTÄTIGT: DIE SPD ENTLASTET MILLIONEN STATT MILLIONÄRE.

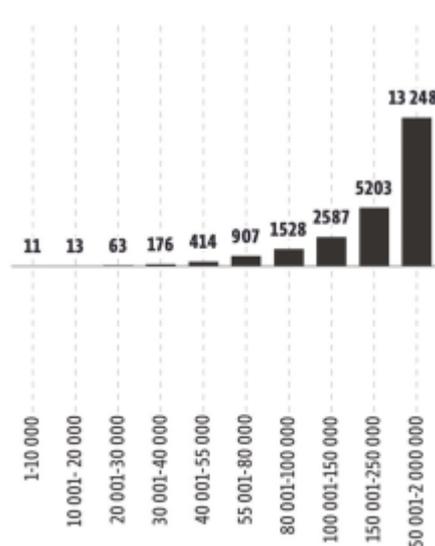
SPD

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) in Euro für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)



CDU/CSU

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) in Euro für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)



Jetzt haben wir es schwarz auf weiß. Das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat für die Süddeutsche Zeitung die Wahlprogramme berechnet. Ergebnis: Die SPD sorgt mit Sicherheit für mehr Netto für Millionen Beschäftigte. Wir entlasten mit unserem Steuerkonzept gezielt die Mittelschicht und Menschen mit geringen Einkommen. Familien profitieren stark. Die Finanzierung steht.

Das CDU-Programm reißt dagegen eine Lücke von 100 Milliarden pro Jahr. Ohne Gegenfinanzierung. Und der Großteil geht an die absoluten Spitzenverdiener. Millionäre profitieren am stärksten. Leute mit wenig Einkommen so gut wie gar nicht. Auch um diesen Unterschied geht es bei der Bundestagswahl am 23.02.

Sabine Jung aus dem Bezirksausschuss 11

Die Baumaßnahmen am Olympiapark schreiten immer weiter voran. Verschiedene Gremien hatten sich ja erfolgreich dafür eingesetzt, dass der TUM Campus im Olympiapark nicht mehr über die Connollystraße angefahren wird, sondern über den Mittleren Ring. Das führte dazu, dass der Parkplatz nach Südosten verlegt wurde. Der Campus wurde dadurch in eine Fußgänger- und Autozone getrennt. Im Parkplatzbereich wurden inzwischen viele Bäume gepflanzt, um die Stellflächen zu begrünen. Die SPD-Fraktion hat sich zusätzlich dafür stark gemacht, auch die Ränder des Parkplatz-Areals mit Bäumen und Sträuchern zu begrünen.

Als Baumschutzbeauftragte freue ich mich über jeden neu gepflanzten Baum, so auch beim diesjährigen Einheitsbuddeln. Bei der, durch den BA initiierten, jährlich wiederkehrenden Aktion, wird ein Baum an unterschiedlichen Standorten im Stadtbezirk gepflanzt. In 2024 fand das Einheitsbuddeln mit einem Apfelbaum im Garten der Milbertshofener Kindervilla statt.

Die Ampelschaltung Oberwiesenfeld/Moosacher Straße konnte durch einen Antrag unserer Fraktion verbessert werden, indem sie nun auch nachts in Betrieb bleibt.

In der Moosacher Straße 51 wird ein Gewerbeblock saniert und in eine Gemeinschaftsunterkunft für ca. 600 Flüchtlinge umgebaut, die von der bayerischen Staatsregierung zugeteilt werden. Eine Sozialbetreuung vor Ort und auch einen Sicherheitsdienst wird es geben.

Zahlreiche Veranstaltungen des Kulturvereins aus dem Olympiadorf konnten durch den BA11 mitfinanziert werden.

Der BA11 wurde zu allen Veranstaltungen im Olympiapark unterrichtet und stimmte diesen mit

Hinweis auf Einhaltung der Grenzwerte des Dauerschallpegels zu.

Vom Mobilitätsreferat wurden dem BA11 die Parklizenzzgebiete I, II, III



Sabine Jung, Mitglied im BA 11, Baumschutzbeauftragte

und die Parkraumbewirtschaftung im Stadtbezirk 11 vorgestellt. Eine Regelung des Parkraums im Olympiadorf wurde bis auf weiteres zurückgestellt. Wir hoffen auf einen runden Tisch mit allen Beteiligten, um unser Anliegen für eine Regelung im Olympiadorf mit allem Für und Wider noch einmal vorzubringen.

Der BA11 setzt sich unter anderem auch für eine Überarbeitung der Situation der Müllbehälter im Olympiapark ein. Damit soll eine bessere Aufnahme von Müll, der durch Großveranstaltungen anfällt, erreicht werden. Ebenso sollen die vorhandenen Müllbehälter besser gegen Krähnen und andere unerwünschte Zugriffe gesichert werden.

**„Wohnungen gibt's genug!
Doch als Laie braucht man
ganz einfach jemanden,
der die Übersicht hat“**



Man kann sich natürlich Zeit lassen: jeden Tag die Zeitung studieren, viele Angebote prüfen, Preise vergleichen, auf das Traumobjekt hoffen - und dann doch nicht das richtige finden. Oder man wendet sich an den Experten, zu dessen Beruf es gehört, die Übersicht zu behalten:

Ihr  - Makler im Olympiadorf

Wir helfen Ihnen auf vielen Gebieten:

- ✓ Verkauf, Kauf und Miete von Immobilien
- ✓ Ermittlung des Marktpreises von Wohnungen, Häusern und Grundstücken
- ✓ Planung und Vermittlung von Finanzierungen

**Sicher können wir
auch Ihnen helfen.**

Besuchen Sie uns im Internet: www.oly24.de info@oly24.de
Mobiltelefon: 01728425192





Philippa Sigl-Glöckner

Gutes Geld

Wege zu einer gerechten und nachhaltigen Gesellschaft.

ISBN 9783869951447

Quadriga

September 2024 - 284 Seiten

Euro 24,00

Wir verspielen gerade unsere Zukunft. Denn eigentlich sollten wir alles daran setzen, dass die nächste Generation eine gute Ausbildung erhält, unsere Unternehmen in einer dekarbonisierten Welt konkurrenzfähig sind und der Kapitalismus sein Versprechen einlöst, allen ein gutes Leben zu ermöglichen. Stattdessen halten wir an quasireli-

giösen ökonomischen Dogmen fest und finden den Ausweg aus der Alternativlosigkeit nicht. Es wird höchste Zeit den Kapitalismus menschlicher zu gestalten. Denn er vereint Klimaschutz, den Erhalt unserer wirtschaftlichen Grundlage und die Chance auf ein selbstbestimmtes, menschenwürdiges Leben. Ein solcher Kapitalismus verteilt Wohlstand primär über Arbeit und ist Mittel zum Zweck. Wir als Gesellschaft müssen uns nur dafür entscheiden. Packen wir es an!



Direkt zur Internetpräsenz
der SPD-Olympiadorf

**Schneiderei
im Olympischen Dorf**
Liane Wenzlik,
Nadistraße 137-17
Tel. 089-354 48 75
Änderungen aller Art
Neuanfertigung von Damen
bekleidung
Geschäftszeiten:
Di, Do 1000-1800; Mi, Fr. 1000-1630
Mo+Sa ab 1000; auf Anfrage bis 2000

Thomas Niederl Immobilien
Seit fast 40 Jahren Ihr Makler im Olympiadorf
Thomas Niederl M.A.
Verkauf - Vermietung

Helene-Mayer-Ring 14
Ladengeschäft
80809 München

tel. ++49-89-3513440 u. -3510594
fax. ++49-89-3510386
thomas@niederl-immobilien.de
www.niederl-immobilien.de

Impressum

olympiadorf aktuell

113. Ausgabe

Februar 2025

Auflage: 4.000

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Olympiadorf;

www.spdolympiadorf.de/

Redaktion: Greifeld, Tamina

(verantw.), Nadistr. 137,

80809 München

Mitglieder der Redaktion:

Burger, Simone; Erdmann,

Jochen; Esche, Philipp; Lindner-

Schädlich, Constanze; Voit,

Brigitte; Winkler, Ralph

Anzeigen: Strey, Uta

Layout und Produktion:

Esche, Philipp

Druck: Onlineprinters GmbH,

www.diedruckerei.de

apotheke am forum

Ihre Apotheke im Olympiadorf

NEU

Stefanie Krüger

Helene-Mayer-Ring 14 - 80809 München

Tel.: 089-3 51 90 81 Fax. 089-3 54 21 39

info@apoforum-muenchen.de

www.apoforum-muenchen.de

app:apoMedi



Unsere Stadträtin Simone Burger aus dem Rathaus



Zwei Jahre AzubiWerk München

In einen Neubau mit Dachterrasse ziehen und dabei auch noch weniger Miete bezahlen als zuvor in Mainz: So macht der Ausbildungsstart in München Spaß, wie eine Mieterin des Azubiwohnheims in Neuperlach mir erzählte. Hier gibt es 221 Einzel- und vier Familienappartements für junge Menschen in Ausbildung mit Mieten um 300 Euro pro Monat warm. Möglich macht dies das Azubiwerk, das die Stadt auf unsere Initiative hin Ende 2022 zusammen mit der DGB-Jugend und dem Kreisjugendring München-Stadt gegründet hat.



Foto: Thilo Härdtle

Warum braucht es in München ein AzubiWerk?

Gerade junge Menschen in Ausbildung haben auf dem Wohnungsmarkt kaum Chancen. Die durchschnittliche Ausbildungsvergütung liegt bei 1.079 Euro, Berufsfachschüler*innen bekommen oft gar keine Vergütung. Selbst WG-Zimmer kosten in dieser Stadt auch mal 600-700 Euro und möblierte Zimmer sind besonders teuer. Zusätzlich haben sie es besonders schwer einen Mietvertrag zu bekommen, da der Ausbildungsvertrag nur ein befristeter Vertrag ist.

Und wir wollen noch mehr Auszubildende unterstützen, das Ziel sind 1000 Wohnplätze. Die Wohnheime in Neuperlach und am Innsbrucker

Ring sind schon geöffnet. Dieses Jahr kamen noch Wohnungen in der Radlkofnerstraße dazu.

Das AzubiWerk München richtet sich an volljährige Auszubildende in der dualen Berufsausbildung mit Ausbildungsort im Stadtgebiet München, Schüler*innen an den Münchner Berufsfachschulen sowie den Fach-, Techniker- und Meisterschulen und Fachakademien.

Das Besondere am Azubiwerk ist, dass es nicht nur um günstige Wohnungen geht, sondern darum, die Lebens- und Ausbildungsbedingungen für junge Menschen grundsätzlich zu verbessern. Deshalb bietet das AzubiWerk allen Auszubildenden in München eine Beratung über finanzielle Unterstützung (BAB, BaföG,...) während der Ausbildung an.

Und wir beim AzubiWerk München, schreiben Mitbestimmung ganz groß. Wir gestalten dieses Projekt mit jungen Menschen für junge Menschen. So dürfen gewählte Vertreter*innen der Bewohner*innen im Vorstand mitbestimmen.

Wir als SPD und ich als Stadträtin und Vorsitzende des AzubiWerks München werden 2025 weiter daran arbeiten Auszubildende bei ihrem Start ins Berufsleben mit dem AzubiWerk konkret zu unterstützen.

